



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 19.03.2007	an den Magistrat ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:						
Dezernat II Amt: Hauptamt	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss	Dezernat I ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat						
Verteiler: <table border="0"> <tr> <td>I</td> <td>II</td> </tr> <tr> <td>110</td> <td>101</td> </tr> <tr> <td>Stvv</td> <td>20</td> </tr> </table>	I	II	110	101	Stvv	20	Tagesordnung: ☐ I ☐ II	Vorlage-Nr. 2007/0161 Magistratsbeschluss-Nr. 221
I	II							
110	101							
Stvv	20							

Betreff: **Personalkostenentwicklung**
Vierteljahresbericht an das Regierungspräsidium Darmstadt
IV. Quartal 2006

Vorlage vom: 06.03.2007

Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht des Personaldezernenten an das Regierungspräsidium Darmstadt zur Personal-kostenentwicklung (IV. Quartal 2006) wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Vorlage ist der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis zuzuleiten.

Anlagen: Vierteljahresbericht Regierungspräsidium 4. Quartal 2006
 Stellenpool Stand 15.12.2006
 Stellenentwicklung Stand Dezember 2006

Beschluss des Magistrats vom 28.03.2007

Der Magistrat nimmt von der Vorlage Kenntnis und leitet sie an die Stadtverordnetenversammlung weiter.

Begründungsseite zur Magistratsvorlage vom 6. März 2007:

Das Regierungspräsidium Darmstadt hat mit Verfügungen vom 15. Februar 2006 und 22. Februar 2006 die **Genehmigung** für die genehmigungspflichtigen Teile der Haushaltssatzung des Doppelhaushaltes 2005/2006 **für das Jahr 2006** sowie die Genehmigung der in den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe „Kulturinstitute“, „Bäder“ sowie „Bürger- und Kongresshäuser“ enthaltenen Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen ebenfalls für das HH-Jahr 2006 **unter Auflagen** erteilt. **Die Einhaltung dieser Auflagen sowie der Nachweis der darin enthaltenen Einsparziele wird die Grundlage für zukünftige Genehmigungen sein.** Unter anderem hat das Regierungspräsidium in seiner Begleitverfügung folgende Auflagen erteilt, die von den Fachämtern unbedingt zu beachten sind:

1. Aufgrund der verfehlten Einsparziele im Bereich der Personalkosten ist der Magistratsbeschluss bezüglich der Reduzierung des Stellenplanes um jährlich 2 % der vorhandenen Stellen sowie die Fortschreibung der weiteren Maßnahmen und Projekte des Haushaltskonsolidierungskonzeptes zügig abzuarbeiten.
2. Im Vollzug des Haushaltes 2006 ist durch geeignete Maßnahmen das jahresbezogene Defizit deutlich zu reduzieren. Eine konsequente Ausgaben- und Aufgabenkritik ist unumgänglich. Auf freiwillige Maßnahmen ist gänzlich zu verzichten.

Wesentliche Voraussetzung für die erteilten Genehmigungen war unter anderem das überarbeitete Haushaltskonsolidierungskonzept (erstmaliger Beschluss am 16. Dezember 2004), das auch weiterhin einzuhalten und umzusetzen ist.

Die Stellenwiederbesetzungssperre bleibt unverändert mit 12 Monaten bestehen.

Das Hauptamt-Personalabteilung berichtet weiterhin vierteljährlich über die Auswirkungen der Sperre und der damit verbundenen Einsparpotentiale. Dieser Bericht wird dem Regierungspräsidium zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Darmstadt, 6. März 2007

I / II / 110

Walter Hoffmann
Oberbürgermeister

Wolfgang Glenz
Bürgermeister

Anlagen